

AMNESTY INTERNATIONAL HAT SICH AN DIE FÜR DEN OSTEN SANTIAGOS ZUSTÄNDIGE STAATSANWALTSCHAFT GEWANDT, UM SIE ZU BITTEN, DIE ERMITTLUNGEN IM FOLTERFALL MOISÉS ÓRDENES WIEDER AUFZUNEHMEN

08.02.2023 Pressemitteilung

Amnesty International hat sich heute Morgen an die Staatsanwaltschaft der östlichen Metropolregion gewandt, um ihre Besorgnis über die Entscheidung zum Ausdruck zu bringen, die Ermittlungen gegen sieben der 13 Carabineros, die wegen Folter, Behinderung der Ermittlungen und Fälschung öffentlicher Dokumente angeklagt sind im Fall von Moisés Órdenes, der in der Nähe der Plaza Ñuñoa im Rahmen der sozialen Unruhen im Jahr 2019 friedlich demonstrierte, nicht weiterzuverfolgen.

Moisés, 55 Jahre alt, war "caceroleando" (Form des Protests unter Zuhilfenahme von lautem Schlagen auf Töpfe o.ä.), als er ohne jegliche Provokation von uniformierten Polizeikräften gewaltsam angegriffen wurde. Durch die Schläge zog er sich unter anderem gebrochene Rippen und schwere Augenverletzungen zu und verlor Zähne. Die Aggression wurde live von den Kameras des Senders Chilevisión übertragen. Laut Rodrigo Bustos, Geschäftsführer von Amnesty International Chile, **"ist die Aggression, die Moisés Órdenes erlitten hat, ein paradigmatischer Fall von kollektiver Folter, da es sich um vorsätzlichen physischen Terror handelt, der von einer Gruppe von Beamten ausgeübt wird, um einen Demonstranten durch physisches und psychisches Leiden zu bestrafen"**.

Amnesty International wies darauf hin, dass die Entscheidung der Staatsanwaltschaft einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren und internationale Menschenrechtsstandards bei der Untersuchung von Anschuldigungen wegen Folter, grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung darstellen würde.

"Heute sind wir zusammen mit der Mutter von Moisés Órdenes und seinen Anwälten zur Staatsanwaltschaft gekommen, um zu fordern, dass die Ermittlungen gegen die sieben Carabineros wegen der Menschenrechtsverletzungen, die Moisés erlitten hat, wieder aufgenommen werden, da alle, die im Verdacht stehen, für seine schweren Verletzungen verantwortlich zu sein, zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Das Recht auf Gerechtigkeit hängt in diesem Fall am seidenen Faden, und wir sind heute hier, um Sie daran zu erinnern, dass es garantiert werden muss", sagte Rodrigo Bustos.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Anwälte der Familie von Moisés Órdenes und das Nationale Institut für Menschenrechte der Ansicht sind, dass die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, da es konkrete und anhängige Verfahren gibt, die rechtzeitig beantragt wurden. Diese Maßnahme gibt Anlass zu der Sorge, dass die Entscheidung, die Ermittlungen einzustellen und die Strafverfolgung der sieben Beschuldigten nicht fortzusetzen, zumindest verfrüht zu sein scheint.

Für Cristián Cruz, einen der Anwälte von Moisés, **"hätte diese Untersuchung nicht eingestellt werden dürfen, da es einschlägige anhängige Verfahren gibt, die die Verantwortung dieser Carabineros bekräftigen sollen. Wir dürfen nicht vergessen, dass es nicht nur um Schläge ging, sondern auch um Behinderung und Fälschung einer öffentlichen Akte. Diese Carabineros wurden wegen dreier Straftaten angeklagt, so dass es uns nicht logisch erscheint und nicht gerechtfertigt ist, sie von den Ermittlungen zu den drei genannten Punkten freizusprechen"**.

Rodrigo Bustos sagte seinerseits: **"Es ist auch beunruhigend, dass die Angeklagten bei einer so unmenschlichen Tat, die von Tausenden von Menschen live im Fernsehen mitverfolgt wurde, sogar versuchten, den Angriff zu rechtfertigen, indem sie dem Opfer selbst die Schuld gaben. Im Übrigen hat auch das Oberkommando der Carabineros die Verantwortung für die Geschehnisse nicht übernommen"**.

Amnesty International hatte bereits im Januar wegen dieser Situation mit einem Aufruf an Menschen in aller Welt reagiert, Briefe an die Staatsanwältin der Region Eastern Metropolitan, Lorena Parra, zu schicken und die Wiederaufnahme der Ermittlungen zu fordern. Darüber hinaus wurde der Fall von Moisés in den Bericht von 2020 "Eyes on Chile - Polizeigewalt und Führungsverantwortung während der sozialen Unruhen" aufgenommen.

Außerdem hat Amnesty International heute ein Schreiben an die Staatsanwaltschaft gerichtet, in dem sie ihre Beobachtungen darlegt, damit die begangenen Verbrechen nicht ungestraft bleiben, und um ein Treffen mit der regionalen Staatsanwältin vor der für den 24. Februar anberaumten Anhörung zur Mitteilung über das Nichtfortbestehen des Verfahrens gebeten.

Weitere Informationen:

In diesem Fall erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen 13 Polizeibeamte wegen des Verbrechens der Folter mit sehr schweren Verletzungen. Fünf von ihnen, weil sie Moisés aktiv gefoltert haben, und acht, weil sie die Folterungen zugelassen haben, ohne etwas dagegen zu unternehmen. Von den dreizehn wegen Folter angeklagten Beamten werden elf auch wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde und Behinderung der Ermittlungen angeklagt.

Trotzdem kündigte der Staatsanwalt am 1. Dezember 2022 an, dass er die Ermittlungen gegen die sieben oben genannten Beamten trennen werde. In der Folge beschloss die Staatsanwaltschaft der östlichen Metropolregion, die Ermittlungen nicht fortzusetzen, da sie nicht über ausreichende Beweise für eine Strafverfolgung verfügte.